

Hartmannsweilerweg 65, 3. Stock, 14163 Berlin ( U Krumme Lanke )  
Telefon 90299 - 7336 / 7 (AB) ; Fax: 90299 - 7690 E-Mail: [matthias.schwartz@senbjf.berlin.de](mailto:matthias.schwartz@senbjf.berlin.de)

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie in den vergangenen Jahren wollen wir an dieser Stelle einen Überblick über die Schwerpunkte unserer Arbeit geben. Wie üblich gehen wir dabei nicht auf die vielen Einzelberatungen ein, die wir telefonisch und im Rahmen unserer Sprechstunden durchgeführt haben.

### Präventionsgespräche

Hohe Arbeitsbelastung, Stress und zunehmende Verdichtung der Arbeit bei Erzieher\*innen und Lehrkräften zeigen ihre Auswirkungen u.a. in der großen Zahl von Präventionsgesprächen nach Langzeiterkrankungen, die der Dienstherr **nach sechs Wochen** krankheitsbedingten Fehlens in den letzten 52 Wochen anbieten muss. Dabei ist weder das Schul- noch das Kalenderjahr gemeint, sondern die von heute aus vergangenen 365 Tage. Auch die Beschäftigten selbst können in begründeten Einzelfällen ein Präventionsgespräch beantragen.

Es kommt nicht selten vor, dass das Gespräch kurzfristig abgesagt wird, meist aus Gründen einer noch aktuellen Krankheit. In diesem Fall sollte auf eine Wiederholung der Einladung zu einem späteren Zeitpunkt bestanden werden.

**ZIEL** des Präventionsgesprächs soll einzig sein, die Bedingungen einer erfolgreichen Wiedereingliederung gemeinsam mit den Beschäftigten auszuloten und diese möglichst zu befördern. Auch wenn viele dieses Gespräch als Druck empfinden, spricht vieles dafür, gemeinsam mit dem PR, der Frauenvertreterin und/oder der Schwerbehindertenvertretung daran teilzunehmen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn ein Wiedereinstieg in den Dienst nach dem **Hamburger Modell** geplant ist. Da es bei den Betroffenen teilweise Befürchtungen gibt, ihnen könnten aus einer Teilnahme Nachteile erwachsen, bemühen wir uns verstärkt im Vorfeld um Kontakt mit ihnen.

Der PR konnte in vielen Fällen den Kolleg\*innen Ängste nehmen und sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen unterstützen sowie vor allem im Präventionsgespräch selbst das **Vermeiden unnötiger Belastungen** durchsetzen. Bei der Wiedereingliederung steht die Belastbarkeit der/des Kranken im Vordergrund, nicht das verständliche Bestreben der Schule nach möglichst vielen Unterrichtsstunden von Beginn an. In Extremfällen kann der PR auch über Möglichkeiten einer Umsetzung beraten.

Im Präventionsgespräch geht es auch nicht um die Aufarbeitung alter **Konflikte!** Dafür sind Konfliktgespräche da, zu denen der PR ebenfalls hinzugezogen werden kann.

**WICHTIG!** Bei schwerbehinderten Kolleg\*innen (Lehrkräfte und Erzieher\*innen) muss vor Beginn eines jeden Schuljahres ein Einsatzgespräch mit der Schulleitung angeboten werden. Die Betroffenen sind zu ihrer Belastbarkeit zu hören und es ist festzustellen, welcher Bedarf nach Unterstützung besteht.

Leider waren die geführten Präventionsgespräche bei den Betreuer\*innen, den PUs und den Erzieher\*innen **rückläufig**. Das wird kaum daran liegen, dass alle gesünder geworden sind! Deshalb möchten wir nochmal darauf hinweisen, dass die Schulleitung ein Präventionsgespräch jeder/m, der/die die Voraussetzungen erfüllt, anbieten muss. Dieses Gespräch dient zur Gesunderhaltung oder dem sanften Wiedereinstieg nach langer Krankheit. Niemals wird es zum Nachteil der Beteiligten ausgelegt. Es ist immer vertraulich und es gibt keinen Vermerk in der Personalakte!

### Eingruppierung

Im vergangenen Berichtszeitraum hat eine große Rolle gespielt, inwieweit voll ausgebildeten Lehrkräften, sog. „Erfüllern“, bei der Einstellung förderliche Zeiten anerkannt werden. Im Gegensatz zu „Nicht-Erfüllern“ sieht die Vereinbarung mit der Senatsverwaltung zu den Grundsätzen der **Anerkennung förderlicher Zeiten** vor, dass für die Dauer der übertariflichen Vorweggewährung der Stufe 5 die Berücksichtigung der förderlichen Zeiten nicht erfolgt. Die Schulleitungen wurden zudem explizit aufgefordert, für diese Personengruppe keine förderlichen Zeiten mehr zu beantragen. Wenn „Erfüller“ die Stufe 5 erhalten, sieht diese Vereinbarung keine Zulage mehr vor, obwohl diese nach § 16 Absatz 5 Satz 2 möglich wäre. Bei der hohen Lehrkräfteabwanderung und der relativ großen Zahl nicht voll ausgebildeter Lehrkräfte, die eingestellt werden, ist diese Vorgehensweise aus Sicht des PR unverständlich und fatal.

Zum anderen spielte der **Laufbahnwechsel** von Lehrkräften „mit einem Wahlfach“ von der A12 in die A13 bzw. E11 → E13 zum 01.08.19 eine große Rolle. Dieser erfolgt, wenn entsprechende Voraussetzungen erfüllt sind. So muss die Lehrkraft bspw. vier Jahre Berufserfahrung haben und entsprechende Fortbildungen im Umfang von 30 Stunden nachweisen.

Lehrkräfte, die aus anderen Bundesländern kommen und denen Leistungspunkte fehlen, um mit dem neuen Berliner Lehramt an Grundschulen gleichgestellt zu werden, können den Antrag erst stellen, wenn Sie im Berliner Schuldienst eingestellt sind und werden dann zunächst in die Entgeltgruppe A12/E11 eingruppiert. Für die Gewinnung neuer Lehrkräfte halten wir dieses Verfahren für unangemessen. Zudem

wurden dem Personalrat im vergangenen Jahr in nicht wenigen Fällen die Eingruppierungsunterlagen durch die Personalstelle, trotz zum Teil mehrfacher Aufforderung und trotz anders lautender Rechtsprechung, erheblich **verspätet** vorgelegt, zum Teil länger als ein halbes Jahr später. Insgesamt

wurden etwa 500 Eingruppierungsvorlagen geprüft. In etlichen Fällen konnte durch eine begründete Ablehnung des Personalrates eine höhere Eingruppierung bzw. Stufe erreicht werden. Das ist ein großer **Erfolg**, der mit finanziellen Vorteilen für die betroffenen Kolleg\*innen verbunden ist.

### Sekretär\*innen und Verwaltungsleitungen

Im Jahr 2019 konnten bis Oktober sieben neue Sekretär\*innen in unserer Region eingestellt werden. Außerdem wurden in der Region vier Stellen als Verwaltungsleitung geschaffen. Der Personalrat war an allen Verfahren beteiligt.

Im November finden weitere Stellenbesetzungsverfahren statt. Die Ausschreibungen wurden im Amtsblatt veröffentlicht und von der Büroleitung für Schulsekretariate an die Schulen weitergeleitet.

## **Erzieher\*innen, Betreuer\*innen und Pädagogische Unterrichtshilfen**

Auch in diesem Jahr nahmen wir an Konfliktgesprächen, Präventionsgesprächen, Teamsitzungen, Beratungsgesprächen mit einzelnen Personen und an zahlreichen Castings teil. Gerade diese recht langwierigen Castings für die einzelnen Professionen sind immer seltener erfolgreich. Die Anzahl derer, die in unserer Region arbeiten möchten, nimmt stetig ab. Ob es nun an dem langen Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz oder an der Schwierigkeit liegt, in unserer Region bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist unklar. Etliche, die im Casting für die Region ausgewählt wurden, machen kurzfristig einen Rückzieher und die Suche beginnt von vorne. Kommt es zur Vertragsunterzeichnung und Eingliederung, wird uns i.d.R. nach wenigen Wochen die Eingruppierung vorgelegt und von uns überprüft. Auch bei Fragen zur Versetzung innerhalb des Bezirkes oder zur Umsetzung konnten wir hilfreich zur Seite stehen, ebenso bei Kündigungen.

## **Stellenbesetzungsverfahren**

Im Berichtszeitraum war der PR an einer ganzen Reihe von Stellenbesetzungsverfahren beteiligt. Nicht überraschend, aber doch erwähnenswert: Während manche ISS händeringend nach Bewerber\*innen sucht und die Ausschreibung zum dritten Mal erneuert werden muss, sind bei Funktionsstellen an Gymnasien oft zahlreiche Termine für die Bewerbungsverfahren nötig. Der PR nimmt alle diese Termine wahr und kann somit eine qualifizierte Entscheidung im Mitbestimmungsverfahren treffen. Geht es bei Verfahren nicht voran, fragt der PR beharrlich nach - und nutzt das Initiativrecht, um mit Unterstützung des Gesamtpersonalrates eine Stellenausschreibung zu veranlassen – wie im Fall stellvertretende Schulleitung Dreilinden-Gymnasium.

## **Dienstliche Beurteilungen**

Die Mitwirkung des Personalrats an den Beurteilungen für Lehrkräfte stand für fast fünf Monate unter einem kuriosen Stern; denn mit Ablauf des 31.12.2018 gab es keine Rechtsgrundlage mehr, die sog. AV LB war außer Kraft getreten. Die Senatsverwaltung war bis Anfang Mai nicht in der Lage, dem Hauptpersonalrat eine neue, überarbeitete Version vorzulegen. Erst Mitte Mai konnte der HPR den unverändert eingereichten Ausführungsvorschriften erneut zustimmen.

Davon haben Sie zum Glück gar nichts mitbekommen, weil wir uns entschlossen hatten, die dienstlichen Beurteilungen dennoch zu bearbeiten – *im Vorgriff auf eine zu erwartende und dann wieder gültige AV LB*. Hätten wir in dem angegebenen Zeitraum Einwendungen erhoben, hätten sich für Sie erhebliche negative Auswirkungen ergeben können: Verzögerungen bei Bewerbungsverfahren und finanzielle Nachteile wegen nicht vollzogener Beförderungen. Dies haben wir durch unser **pragmatisches Handeln** vermeiden können!

Insgesamt hat der Personalrat an 60 dienstlichen Beurteilungen und 25 Bewährungsfeststellungen mitgewirkt. Bei den DB's gab es 35 mal die Note 1, 12 mal eine 1-2, elf mal eine 2 und zwei mal eine 2-3.

## **Arbeits- und Gesundheitsschutz**

Da die zuständige Sicherheitsfirma GBB die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin gekündigt hat, fanden dieses Jahr im Bezirk keine **Sicherheitsbegehungen** statt. Diese sollen nun noch in diesem Jahr unter Federführung der neuen Sicherheitsfirma medical-airport-service wieder anlaufen. Auch die betriebsärztlichen Aufgaben mussten neu besetzt werden und werden seit einiger Zeit durch die Charité (für Schwangere) und durch medical-airport-service übernommen.

Außerdem konnten wir im letzten Jahr durchsetzen, dass wir als Ihre Personalvertretung nun auch an den Brandsicherheits-schauen in den Schulen teilnehmen und wir uns somit durch diesen erweiterten Einblick besser für Ihre berechtigten Belange im Bereich Arbeits- und Gesundheitsschutz einsetzen können. 2019 fand aufgrund der geschilderten Veränderungen nur eine einzige **Brandsicherheitschau** statt.

Im Frühjahr 2019 waren 13 teils mehrere Jahre alte **Initiativanträge** weiterhin offen bzw. nur teilweise erledigt. Noch immer mussten unzureichende AMOK-Installationen (teils von innen nicht abschließbare Klassenräume (!!), Probleme mit der Signaleindeutigkeit und der Erreichbarkeit aller Gebäudebereiche (!!)) sowie Amokschalter, die nicht der DIN-Norm entsprechen) und Mängel beim Brandschutz, alte Teppichböden, nicht akzeptable Reinigungsleistungen, Geruchsbelästigungen, fehlender Lärm- und Schallschutz sowie die zwar angelaufene, aber dennoch unzureichend ausgeführte Prüfung der mobilen Elektrogeräte beklagt werden.

So forderten wir den **Bezirk als Schulträger** im August diesen Jahres nachdrücklich und schriftlich dazu auf, endlich seinen Verpflichtungen nachzukommen und entsprechend tätig zu werden sowie uns den aktuellen Sachstand bezüglich der Mängelbeseitigungen in den Schulen mitzuteilen. Seit September diesen Jahres liegt uns hierzu nun nach monatelangem Schweigen und Hinhalten eine Antwort vor. So sind an Schulen alte Teppichböden inzwischen ausgetauscht worden. Auch im Bereich der Reinigung konnten Teilerfolge erzielt und Verbesserungen für einzelne Schulen erreicht werden.

Wir, Ihr PR, sind aktuell dabei, die Schulleitungen der Schulen von laufenden Initiativanträgen zum aktuellen Sachstand aus deren Sicht zu befragen. Unser Ziel ist es, die Anträge bei Bedarf zu aktualisieren und weiterhin Druck auf die Verantwortlichen zum Schutz aller in Schule Beschäftigten auszuüben.

Die Arbeitsschutzausschusssitzungen (**ASA**) sowie die Sitzungen des Ausschusses für Gesundheitsmanagement (**AGM**) fanden u.a. aufgrund der obig geschilderten Veränderungen bezüglich der Sicherheitsfirma 2019 über Monate nicht statt. Nun laufen die Sitzungen wieder an und wir werden dort wieder gegenüber dem Schulträger die schnellstmögliche Beseitigung der Sicherheitsmängel für Sie anmahnen.

Abschließend, doch nicht zuletzt, weil es auch uns manchmal einfach reicht: Insbesondere bei der sich seit Jahren krass verschärfenden Mangelsituation bezüglich qualifizierten Personals kann es sich aktuell niemand leisten, weitere Kolleg\*innen zu verlieren! Wie in Berlin und speziell in unserem Bezirk mit hoch brisanten und teils extrem gefährlichen Mangelsituationen in Schulen umgegangen wird, ist schlicht unverantwortlich!!

**Passen Sie deshalb bitte weiterhin gut selbst auf sich auf und sprechen Sie uns an, wenn Sie Unterstützung brauchen!**

Mit freundlichen Grüßen für den Personalrat

Matthias Schwartz

Klaus Schacht

**PV am 13.11.2019 von 12.20 – 14.20 Uhr im Audimax der FU, Garystr. 35 in 14195 B.-Dahlem**